Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/195
17. 03. 77

Sachgebiet 5

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Wörner, Dr. Kraske, Dr. Marx, Ernesti, Weiskirch (Olpe), Frau Tübler, de Terra, Würzbach, Löher, Biehle, Stahlberg, Dr. Jaeger, Handlos, Gierenstein, Damm, Werner, Dr. Möller und der Fraktion der CDU/CSU

Verteidigungspolitik

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die „ernste Besorgnis angesichts des unablässigen Anwachsens der Stärke der Streitkräfte des Warschauer Pakts, bei denen der Schwerpunkt zunehmend auf die Fähigkeit zur offensiven Kampfführung gelegt wird" und die Auffassung, „daß der Warschauer Pakt, obgleich seine Streitkräfte bereits über das zur Selbstverteidigung erforderliche Maß hinausgehen, seine Kampfkraft weiterhin erhöht", die der Verteidigungsplanungsausschuß der NATO nach seiner letzten Ministerratssitzung am 7./8. Dezember 1976 zum Ausdruck gebracht hat?

2. Bedeuten diese alarmierenden Feststellungen, daß sich das militärische Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt gegenüber den Feststellungen der Bundesregierung in ihrem letzten Weißbuch und in der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 29. Dezember 1975 (Drucksache 7/4072) weiterhin zu Ungunsten der NATO verschlechtert hat?

   Wie bewertet die Bundesregierung das gegenwärtige militärische Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt
   — auf strategisch-nuklearem,
   — auf taktisch-nuklearem,
   — auf konventionellem Gebiet
   im Blick auf die globale Lage, die Lage Mitteleuropas und die Lage an der Nord- und Südflanke Europas? Trifft es schließlich zu, daß der Qualitätsvorsprung des Westens bei der Bewaffnung der Truppe im Schwinden ist bzw. in Europa bei einigen Waffensystemen nicht mehr besteht?

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

3. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der CDU/CSU-Fraktion, daß die forcierte Aufrüstung der Sowjetunion und anderer Warschauer Pakt-Mächte weder durch die Politik der NATO-Staaten gerechtfertigt noch mit Geist und Inhalt der „Entspannungspolitik" vereinbar ist?

4. Teilt die Bundesregierung, angesichts der von ihr gebilligten Erklärung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO, wonach „die Schlagkraft der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Pakts stark gesteigert wird und sie in die Lage versetzt werden, mit geringen Vorbereitungen ausgedehnte offensive Operationen durchzuführen", die in der Öffentlichkeit geäußerten Sorgen vor einem östlichen Überraschungsangriff? Welche Vorwarnzeit hält die Bundesregierung angesichts dieser Tatsachen für realistisch kalkulierbar? Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der sich daraus ergebenden Verkürzung der bisher angenommenen Vorwarnzeiten?

5. Nach der Erklärung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO „verschaffen die qualitativen und quantitativen Verbesserungen der Seestreitkräfte der Sowjetunion die Möglichkeit, militärische Macht weltweit zur Geltung zu bringen". Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die globale Expansion der Sowjetunion und insbesondere ihr Griff nach Afrika wachsende Gefahren für die atlantischen Seeverbindungen und damit für die Rohstoff- und Energieversorgung Europas nach sich ziehen? Wie will die Bundesregierung im Rahmen des Bündnisses dieser Gefahr begegnen?

6. Die Minister der NATO haben im Verteidigungsplanungsausschuß festgestellt, „daß die Sowjetunion heute schon schätzungsweise etwa 13 v. H. ihres Bruttosozialprodukts zu Faktorkosten für militärische Zwecke aufwendet, was über die Aufwendungen der NATO weit hinausgeht". Wie hoch waren bzw. sind die entsprechenden Aufwendungen innerhalb der NATO in den Jahren 1975, 1976 und 1977?

7. Steht die Bundesregierung zu der Forderung, der sie im Kommuniqué der Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses ausdrücklich zugestimmt hat, „daß die Erreichung dieser Ziele (der NATO) eine jährliche reale Steigerung der Verteidigungsausgaben von Bündnispartnern erfordert"? Teilt die Bundesregierung unsere Befürchtung, daß die Ansätze im Haushalt 1977 und in der mittelfristigen Finanzplanung nicht nur keine reale Steigerung, sondern im Gegenteil eine reale Verminderung unserer Verteidigungsausgaben bedeuten? Wie groß ist diese reale Verminderung 1977 und in den folgenden Jahren unter Zugrundelegung der von der Bundesregierung selbst prognostizierten Preissteigerungsraten? Wie erklärt die Bundesregierung den offenkundigen Widerspruch zwischen ihren Absichtserklärungen im Rahmen der NATO und dem

von ihr vorgelegten Haushalt bzw. der mittelfristigen Finanzplanung?

8. Die Verteidigungsminister der NATO haben sich im Verteidigungsplanungsausschuß darauf verständigt, „daß es notwendig ist, daß alle Bündnispartner weitere Maßnahmen treffen, wenn das Bündnis die nachteiligen Tendenzen im konventionellen Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt umkehren soll". In welchem Zeitraum hält die Bundesregierung eine solche Umkehrung für möglich? Welche „weiteren Maßnahmen" im Sinne des Kommuniqués hat die Bundesregierung bisher getroffen und auf welchen Gebieten? Welche „weiteren Maßnahmen" beabsichtigt sie zu treffen?

9. Welche Folgerungen ergeben sich für die europäischen NATO-Staaten aus der Entwicklung des Kräfteverhältnisses im strategisch-nuklearen und im taktisch-nuklearen Bereich, wo auf sowjetischer Seite parallel zu der Steigerung der konventionellen Kampfkraft eine Stärkung auch der nuklearen Waffensysteme in Europa erfolgt ist? Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Bedeutung der „cruise missiles" aus europäischer Sicht? Welche Forderung gibt es nach Ansicht der Bundesregierung für die europäischen NATO-Partner gegenüber den SALT-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Wiener Ost/West-Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MFBR)? Drängt sie im Bündnis und gegenüber den östlichen Verhandlungspartnern – ungeachtet östlicher und westlicher Forderungen nach Verhandlungsbeschleunigung und ersten konkreten Reduzierungsschritten – von sich aus auch weiterhin auf Verwirklichung des Zieles kollektiver Höchststärken auf der Basis prinzipieller Parität im Reduzierungsraum, wie es zuletzt im Kommuniqué des NATO-Ministerrats vom Dezember 1976 bekräftigt wurde? Wie stehen die östlichen Verhandlungspartner derzeit zu den westlichen Verhandlungszielen? Wie beurteilt die Bundesregierung – unter militärischen und politischen Gesichtspunkten – die Wiener Diskussion über militärische Daten, insbesondere die Versuche der östlichen Verhandlungspartner, der prinzipiellen Paritätsforderung des Westens mit dem Versuch des Nachweises entgegenzuwirken, ungefähre Parität bestehe faktisch bereits? Teilt die Bundesregierung nach wie vor die Auffassung der CDU/CSU-Fraktion, daß es für die Verwirklichung des Zieles ausgewogener Rüstungskontrollvereinbarungen bei unverminderter Sicherheit unerläßlich ist, an den westlichen Verhandlungszielen festzuhalten? Bleibt sie bei der Meinung, daß die MBFR-Verhandlungen „über einen langen Zeitabschnitt" gehen und „Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern" werden, das heißt, daß man „nicht mit Ungeduld an dieses ganze Unternehmen herangehen darf"?

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtig geltende Strategie der „flexible response"? Entspricht diese Strategie noch den militärischen Gegebenheiten, oder sieht die Bundesregierung Alternativen und ggf. welche?

12. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß angesichts der außerordentlichen Rüstungsanstrengungen der Warschauer Pakt-Staaten einerseits und der begrenzten wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der NATO-Staaten andererseits, die von allen NATO-Partnern aufgewandten Mittel durch eine wirksame Abstimmung der Rüstungsprogramme effektiver eingesetzt werden müssen? Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Standardisierungsbestrebungen, insbesondere im Hinblick auf die Waffensysteme, zu verstärken? Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, an diesen Standardisierungsbemühungen auch und insbesondere die USA zu beteiligen, ohne daß dabei wirtschaftliche Interessen einseitig verlagert werden? Welche Erwartungen verknüpft die Bundesregierung mit der Ankündigung im Kommuniqué der Ministertagung der EUROGROUP vom 6. Dezember 1976, in der die „Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit, Konsultation und Kohäsion" betont wird, „um den europäischen Beitrag zum Bündnis zu stärken, die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit ihrer Länder in der zweckmäßigsten und wirksamsten Weise weiterzuentwickeln und die wichtigsten Fragen der europäischen Sicherheit im atlantischen Rahmen zu lösen"? Läßt die bisherige Arbeit der „Unabhängigen-Europäischen-Programm-Gruppe" den Schluß zu, daß die künftige europäische Rüstungszusammenarbeit durch die Mitarbeit Frankreichs gestärkt werden wird?

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Personallage der Bundeswehr? Trifft es zu, daß etwa 35 000 Zeitsoldaten fehlen? Wie will die Bundesregierung diesen Mangel ausgleichen? Ist sie bereit, die verfehlten Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes, vor denen die CDU/CSU-Fraktion seinerzeit nachhaltig gewarnt hatte, jetzt endlich rückgängig zu machen? Wie will die Bundesregierung den besorgniserregenden Beförderungsstau abbauen?

14. Im Zusammenhang mit der geplanten Änderung der Wehrstruktur ist auch eine Änderung der Heeresstruktur vorgesehen. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bei der bisherigen Erprobung des sogenannten Heeresmodells 4 gemacht? Welche Kosten sind bisher bei der Erprobung des Heeresmodells 4 entstanden? Bleibt die Bundesregierung bei ihrer bereits früher geäußerten Erwartung, daß es auf diesem Wege möglich sein wird, gleichzeitig die Kampfkraft zu erhöhen und die Kosten zu senken? Neben der Erprobung des Heeresmodells findet die Erprobung des Sanitätsmodells 1 statt. Welche Erprobungsergebnisse mit diesem Modell liegen bisher vor? Sind die ständig in der Truppe geäußerten Befürchtungen, das Sanitätsmodell 1 sei

zwar für den Friedensbetrieb geeignet, für den Verteidigungsfall jedoch nicht geeignet, zutreffend?

15. Ist die Bundesregierung bereit, eine Bestandsaufnahme der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Soldaten und der zivilen Bediensteten der Bundeswehr zu erstellen?

16. Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Sachstand in der Gesamtverteidigung und beim Zivilschutz? Ist sie – nachdem nationale Lebensmittelreserven, Schutzraumbau und andere Zivilschutzmaßnahmen aufgegeben worden sind – von ihrem bisherigen Zivilschutzprogramm abgerückt? Welche Maßnahmen hält sie aufgrund ihrer Erkenntnisse und auch im Hinblick auf die enormen Anstrengungen zum umfassenden Ausbau des Zivilschutzes in den Warschauer Pakt-Staaten für dringend geboten?

17. Hält die Bundesregierung an den Grundzügen ihrer Reservistenkonzeption fest, und was gedenkt sie zu tun, um die Reservisten der Bundeswehr effektiver einsetzen zu können?

18. Hält es die Bundesregierung angesichts der wachsenden Fähigkeiten des Warschauer Pakts zu offensiven Operationen aus dem Stand für erforderlich, den Bereitschaftsgrad der Bundeswehr zu erhöhen und wenn ja, welche Maßnahmen sind dazu beabsichtigt? Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang der Ansicht, daß die derzeitige Bevorratung der Truppe ausreicht und wenn nein, welche Änderungen und Ergänzungen sind von ihr beabsichtigt?

Bonn, den 17. März 1977

Dr. Wörner
Dr. Kraske
Dr. Marx
Ernesti
Weiskirch (Olpe)
Frau Tübler
de Terra
Würzbach
Löher
Biehle
Stahlberg
Dr. Jaeger
Handlos
Gierenstein
Damm
Werner
Dr. Möller
Kohl, Zimmermann und Fraktion

Begründung

Weder die Bemühungen der NATO-Partner um eine Entspannung im Ost/Westverhältnis noch erst recht die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) haben die Sowjetunion und die übrigen Warschauer Pakt-Mächte daran gehindert, ihre Rüstungsanstrengungen zu steigern und insbesondere ihre Fähigkeit zur offensiven Kampfführung zu verstärken. Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West hat sich nach den Feststellungen der NATO auf nahezu allen Gebieten zu Lasten des Westens verändert. Deswegen ist es dringend erforderlich zu prüfen, ob und wieweit die NATO im ganzen und die Bundesrepublik Deutschland im besonderen ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken müssen, um das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen und damit auch für die Zukunft durch ein ausreichendes Abschreckungspotential den Frieden zu sichern.